

(A)

(C)

(B)

(D)

Vizepräsidentin Michels: Danke schön! – Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Buchholz das Wort. – Bitte!

Buchholz (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Verehrter Herr Eßer, Sie haben mich mehrfach angesprochen, deshalb antworte ich direkt darauf. Sie haben zum Schluss ziemlich viel vermischt und wollten dann das ganz große Fass aufmachen. Das ist aber übergelaufen. Das ist Ihnen auch aufgefallen. Landes- und Bundesparteitag, Privatisierung und Staatsmonopolismus –

(A) alles kam auf einmal. Es hört sich vielleicht nett an, wenn Sie das alles vermischen. Es wird aber nicht intelligenter oder pfiffiger. – Sorry, Herr Eßer, das war leider wirklich nicht der Fall.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Wir haben heute zwei Anträge vorliegen. Herr Eßer, erlauben Sie mir, auch auf den FDP-Antrag einzugehen!

[Eßer (Grüne): Den habe ich mir gespart!]

– Dann sind wir offensichtlich dazu einig, aber man muss ihn wenigstens erwähnen, denn das geneigte Publikum sollte auch diesen Antrag zur Kenntnis nehmen.

[Ritzmann (FDP): Vielen Dank!]

– Bitte schön, Herr Ritzmann! – Darin heißt es nämlich:

Sämtliche Leistungen im Bereich der Straßenreinigung sind auszuschreiben.

Und dann wird alles gut – sofort, mit einem Schlag. Das ist der Zauberstab des Herrn Lindner, der leider gerade nicht anwesend ist. Schon sind wir aller Sorgen und Probleme bei der Straßenreinigung, der Müllentsorgung enthoben. – Herr Eßer, die Grünen wollen es etwas langsamer. Sie wollen erst einmal die Möglichkeit einräumen, aber im Ergebnis sind Sie nicht so weit von der FDP entfernt.

(B) Die Fehlkalkulationen von 1999 bis 2001 sind uns allen bekannt. Sie kennen unsere Haltung dazu. Wir sagen weiterhin: Der Skandal ist vollständig aufzuklären, also gibt es den Sonderausschuss. – Bei den momentan versandten Jahresrechnungen der BSR erfolgt die Rückerstattung bereits. Für die ersten drei Monate des Jahres wurden keine Straßenreinigungsgebühren erhoben. Die Leute haben derzeit fast nur noch die Hälfte dessen zu zahlen, was sie im letzten Jahr an Straßenreinigungsgebühren gezahlt haben. Das liegt auch daran, dass der Senat unmittelbar und sofort gehandelt hat, als der Skandal um die Gebührenerhebungen und falschen Berechnungen bekannt wurde. Es wurde sofort gehandelt und aufgedeckt und die Rückzahlungen zum Wohl der Verbraucherinnen und Verbraucher veranlasst. Das ist ein Gegensatz zu vorherigen CDU-Senatoren, die das nicht geschafft haben.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Das ist ein qualitativer Fortschritt, den Sie, Herr Eßer, zur Kenntnis nehmen sollten. Für die CDU ist das wahrscheinlich kein richtiger Fortschritt. Buchprüfer und die Preisprüfungsbehörde haben sich das vorher offensichtlich gespart oder nicht gesehen.

Herr Eßer, die BSR ist ein öffentliches Entsorgungsunternehmen. Bisher – so verstehen zumindest wir von der Koalition das – ist die Müllentsorgung wie auch die Straßenreinigung eine öffentliche Daseinsvorsorge. Es geht nämlich nicht nur darum, die Stadt sauber zu halten. Hygiene- und Sauberkeitsaspekte sind dabei relevant. Es geht im wahrsten Sinn um die öffentliche Sicherheit und Ordnung und um die Funktionsfähigkeit des städtischen Verkehrs – denken Sie an die Straßenreinigung im Winter. Das ist nichts, was man per Handstreich einfach pri-

(C) vatisiert und denkt, dass dann alles gut wird, wie Herr Lindner es verspricht. So einfach ist es wirklich nicht, Herr Eßer.

Die Privatisierung – ich richte mich ausdrücklich an die FDP – ist eben kein Wert an sich. Gerade zu Ihrem Antrag muss ich sagen, dass Sie sich standhaft den Realitäten verweigern. Das müssen Sie doch einmal anerkennen. Sie haben uns hier noch keine vernünftigen Antworten gegeben. Wenn Sie den Unternehmensvertrag mit der BSR, der noch läuft und den man kündigen kann – – Ich will Ihnen gleich die Kurzintervention sparen, Herr Lindner.

[Dr. Lindner (FDP): Würden Sie bitte nicht so schreien! Ich telefoniere!]

– Ich finde es schade, dass Sie während der Plenarsitzung telefonieren. Das ist vielleicht die richtige Tätigkeit für Sie hier, obwohl Sie mir lauschen sollten. – Dieser Unternehmensvertrag ist natürlich kündbar. Aber wo nehmen Sie die 400 Millionen € her? – Sagen Sie es klar! – Herr Eßer hat die andere Milchmädchenrechnung aufgemacht. Ihre ist noch besser, wenn Sie uns sagen, es werde zwischen Eigenkapital und Landeshaushalt hin- und hergebucht, und wir seien alle Probleme los. Das wäre zwar schön, aber so einfach ist es nicht.

(D) Sie sagen auch nichts darüber, was konkret bei dem abrupten Ende, das die FDP vorschlägt, mit den mehr als 6 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BSR, den Fahrzeugen und Grundstücken geschehen soll. Dazu sagen Sie kein Wort.

[Zuruf des Abg. Eßer (Grüne)]

– Herr Eßer, Ihr Antrag lautet etwas anders, aber jetzt muss ich auch einmal auf die FDP eingehen. – Geben Sie uns konkrete Antworten darauf! Sie haben bisher neoliberales Gewäsch ohne jede Substanz geliefert. Das kann keine Basis für verantwortungsvolle Politik sein.

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Es geht darum, die Straßenreinigung und Müllentsorgung dauerhaft zu sichern. Der Quatsch, den Sie vorschlagen, machen wir nicht mit. Sie haben nicht die nötigen Antworten zum Umgang mit dem Personal, den Fahrzeugen und Grundstücken der BSR gegeben.

Was ist mit dem zusätzlichen Kontrollaufwand, wenn es Private machen? – Sie trinken vielleicht gerne Milchkaffee, missachten dabei vielleicht aber, was regelmäßig in den Zeitungen steht, nämlich dass es auch bei Privaten vorkommen soll, dass sie sich verrechnen und eventuell sogar manipulierte Bilanzen aufstellen. Das soll alles schon vorgekommen sein. Aber in Ihrer Welt gibt es so etwas nicht. – Herr Lindner telefoniert immer noch – vielleicht mit irgendwelchen Unternehmensberatern oder Bilanzprüfern. – Man weiß es nicht.

Auch zur zusätzlichen Mehrwertsteuer, die ein Privater sofort entrichten und auf die Preise schlagen müssten, hören wir kein Wort von Ihnen. Meine Damen und Herren

(A) von der Opposition, Sie machen es uns sehr einfach, diese Anträge rundweg abzulehnen. – Vielen Dank!

[Beifall bei der SPD und der PDS]

Vizepräsidentin Michels: Danke schön! – Herr Eßer hat um eine Kurzintervention gebeten. Er bekommt drei Minuten. – Bitte schön!

Eßer (Grüne): Herr Buchholz, wenn Sie sagen, hier spiele sich keine Grundsatzkontroverse über die Gestaltung der Daseinsvorsorge ab und ich hätte einige Dinge vermengt, dann hätte ich gerne von Ihnen eine Antwort. Ich lese Ihnen ein Zitat aus dem Ursprungsantrag an den SPD-Parteitag vor, das wortwörtlich oder ähnlich in vielen Wahlprogrammen der Grünen seit Mitte der 90er Jahre steht oder stehen könnte:

Öffentlichen Personennahverkehr und gesicherte Ver- und Entsorgung hat die Stadt zu gewährleisten. Aber sie muss diese Leistungen nicht selbst erbringen. Ob die Stadt eigene Unternehmen hält oder durch private Unternehmen diese Leistungen erbringen lässt, ist im Einzelfall abzuwägen.

Das will ich von der SPD jetzt wissen; vielleicht können Sie, Herr Buchholz, es mir auch vor Ihrem Parteitag sagen: Stehen Sie zu dieser Ordnung der Daseinsvorsorge oder nicht? – Wer diesen Satz richtig findet, der kann sich unserem Antrag zur Straßenreinigung nicht verweigern.

(B)

[Beifall bei den Grünen –
Vereinzelter Beifall bei der FDP –

Dr. Lindner (FDP): Das ist Geschwätz für die Galerie!]

Vizepräsidentin Michels: Danke schön! – Zur Erwiderung – Herr Buchholz. – Bitte schön!

Buchholz (SPD): Vielen Dank, Frau Präsidentin! – Zunächst einmal: Ich bin hochofregt, dass die Grünen so intensiv Parteitagsanträge der SPD lesen. Das ist ganz ernst gemeint. Ich finde es toll, dass Sie sich so intensiv dort einarbeiten. Und, Herr Eßer, Sie wissen, dass auch in unserer Partei gerade darüber diskutiert wird: Wie weit geht man dabei, wie weit geht man dabei nicht? Was muss zwingend bei der öffentlichen Hand sein, was nicht? – Den Satz, den Sie eben vorgelesen haben, Herr Eßer, können wir so unterschreiben.

[Eßer (Grüne): Sie haben doch eben
das glatte Gegenteil gesagt!]

– Herr Eßer, Sie haben leider nicht zugehört. Es ist unbestritten. Sie könnten sie verkaufen, wenn Sie wollten. Sie könnten als Land Berlin auch sagen: Wir wollen diesen Unternehmensvertrag gleich morgen brechen beziehungsweise auflösen. – Dann müssen Sie aber sagen, woher Sie das Geld dafür nehmen und welches die Konsequenzen sind. Ich habe die praktischen Fragen doch gerade aufgezeigt. Es gibt nun einmal diesen Unternehmensvertrag. Und wir stehen zu Verträgen, die das Land Berlin geschlossen hat.

[Eßer (Grüne): Ach!]

– Ja, Herr Eßer, das tun wir. Wir können privatisieren, aber Sie müssen die klaren Antworten geben, wie das möglich ist. Wie wollen Sie den Vertrag auflösen? Wie wollen Sie die Vertragsauflösung bezahlen, und welches sind die weiteren Konsequenzen? – Niemand sagt, dass es unmöglich ist. Das habe ich hier nicht gesagt und auch in keiner anderen Plenarsitzung. Insofern habe ich mit dem Zitat überhaupt kein Problem. – Vielen Dank!

[Eßer (Grüne): Aber Ihre Partei!]

Vizepräsidentin Michels: Jetzt hat für die CDU der Abgeordnete Goetze das Wort.

(C)

(D)